Nummer 37 Halle, Sonnabend, den 13. Februar 1926. 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Monat in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Preis. Verlagsort: Neue Promenade 1a u. Str. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Saalepforte" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Aus parlamentarischen Kreisen hören wir: Auf die zweite Rede Mussolinis ist eine Antwort nicht beabsichtigt. Mit Interesse erwartet man die Rückkehr des italienischen Botschafters nach Berlin, der über den Erfolg der zwischen Rom und Berlin gehenden inoffiziellen Verhandlungen Bericht bringen wird.

*

Reichspräsident v. Hindenburg empfing gestern eine Abordnung des Reichslandbundes, bestehend aus Bauern der Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein, sowie aus Mecklenburg und Bayern unter Führung des Vorsitzenden des mecklenburgischen Landbundes.

*

Die Erwerbslosenziffer betrug in Deutschland Ende Januar insgesamt 2 030 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 2 090 000 auf 2 359 000 gestiegen. Also insgesamt fast 4½ Millionen Unterstützungsempfänger.

In Groß-Berlin fanden gestern nachmittag 20 stark besuchte Erwerbslosenversammlungen statt, die von der kommunistischen Partei einberufen waren. Ueberall forderten die Redner, daß nicht nur das Reich, sondern auch die Stadt Berlin eingreifen solle, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Es müßte endlich mit den versprochenen Notstandsarbeiten begonnen werden.

Seit Montag zeigt sich erstmals seit sieben Monaten ein Stillstand der Arbeitslosenziffer. Der Demobilmachungskommissar will weitere Betriebseinschränkungen nicht mehr genehmigen.

*

Ein völkischer Antrag im Reichstage fordert einen Gesetzentwurf, der alle jugendlichen, arbeitsfähigen und ledigen Personen, zur Ableistung eines Arbeitsdienstjahres verpflichtet.

*

Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft versammelte in ihren Räumen im Berliner Schloß die Spitzen der Reichs- und Landesbehörden, führende Parlamentarier und Wissenschaftler zu einem Bierabend. Reichskanzler Dr. Luther betonte in einer Ansprache die hohe Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung. Geheimrat Haber hat der Notgemeinschaft die für die Gemeinschaftsarbeiten erbetenen Mittel nicht zu versagen.

*

In der Berliner Hochschule für Musik veranstalteten gestern die Katholiken Berlins eine Feier zur Erinnerung des Tages der vierten Wiederkehr der Krönung des Papstes Pius XI. Nuntius Pacelli, Weihbischof Dr. Deitmer und zahlreiche Abgeordnete nahmen an der Feier teil.

*

Die Ankündigungen der Steuerherabsetzungen durch den neuen Reichsfinanzminister haben ein günstiges Echo in Handel und Gewerbe geweckt. Sie werden in Verbindung gebracht mit dem neuen Preissenkungsprogramm der Reichsregierung, über das der Kanzler Luther gestern mit Vertretern der Verbraucherorganisationen konferierte. Vor Einbringung der der Preissenkung dienenden Gesetzvorlagen sollen auch die Vertreter der Erzeuger- und Händlerorganisationen gehört werden. Wie wir erfahren, findet diese Besprechung bereits am Montag statt.

*

Gestern fanden in Berlin wieder Besprechungen mit den Vertretern der deutschen Steinkohlenindustrie statt, die sich bis zum späten Nachmittag hinzogen. Angesichts der drohenden neuen Lohnbewegung der Bergarbeiter will die Reichsregierung die Hebung des Absatzes der deutschen Kohlen im Ausland dadurch beschleunigen, daß die Exportprämien für Kohle schon am 1. März in Kraft treten sollen.

*

Im Stuttgarter Kommunistenprozeß wurden vom Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik die Angeklagten wegen Hochverrats, Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und das Sprengstoffgesetz sowie wegen Raubes und Diebstahls verurteilt und zwar Herr zu 9 Jahren, Schmid zu 2 Jahren, Hepperle zu 3 Jahren und 200 Mark, Kuhnle zu 2 Jahren 6 Monaten, Sprecher zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus.

*

Gestern nachmittag sind im Berliner Auswärtigen Amt die Ratifikationsurkunden über die am 12. Oktober 1925 in Moskau geschlossenen deutsch-russischen Rechts- und Wirtschaftsverträge ausgetauscht worden. Die Verträge treten am 12. März 1926 in Kraft.

*

Die Kreditverhandlungen der deutschen Industrie mit Sowjetrußland sind abgeschlossen. Für die Aufträge Sowjetrußlands ist ein Kredit von fast 300 Millionen Mark bis zur Dauer von zwei Jahren zugelassen worden. Auch die Verhandlungen mit dem Reiche wegen der Finanzierung dieses Kredits stehen günstig, das Reich wird einen Teil der Kredite im Wege des Vorschusses bzw. der Beteiligung an die Industrie übernehmen. Man hofft besonders in der deutschen Maschinenindustrie auf eine Belebung der Beschäftigung und einen vorläufigen Stillstand der Betriebseinschränkungen.

Die Deutschen flüchten aus Italien!

Der „Baseler Anzeiger" meldet aus Mailand: Der italienische Boykott gegen deutsche und österreichische Waren hat in voller Schärfe eingesetzt. Faschistenkommissare überwachen die Entladung der ankommenden Gütertransporte in Brixen und Chiasso. Für Waren aus der Schweiz werden sogar Ursprungszeugnisse verlangt.

Alle Züge aus Oberitalien bringen Hunderte von Deutschen in die Schweiz, die aus Oberitalien in Eile abreisen. Aus Mailand sind viele Deutsche abgereist, noch stärker ist die Abreise der Deutschen aus San Remo und Umgebung.

Aus Rom wird dem „Züricher Tag.-Anz." gemeldet: Nach Schluß der Senatssitzung veranstalteten die Faschisten eine gewaltige Kundgebung für Mussolini. Etwa 10 000 Faschisten begleiteten unter Eviwarufen den Diktator in sein Palais. Mussolini sprach vom Balkon aus: „Bleibt bereit, wir können täglich berufen werden."

Die Sozialdemokraten und Mussolino.

Die Fraktionen des Reichstags hielten fast sämtlich am Donnerstag früh Sitzungen ab, um die neue Lage, die durch Mussolinis Antwortrede geschaffen ist, zu besprechen. Aus parlamentarischer Quelle wird uns gemeldet, daß die sozialdemokratische Fraktion mit Eifer bei den Mittelparteien, besonders den Demokraten, bemüht ist, eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern.

— Nachdem die Sozialdemokraten in der Debatte über Mussolinis Rede durch ihren Sprecher Stampfer und in ihrer Presse, besonders dem „Vorwärts", die wildesten Töne gegen Mussolini angeschlagen haben, bekommen sie es jetzt mit der Angst. Bezeichnend ist auch, daß sie gerade die doch sonst so versöhnungsmütigen Demokraten zurückhalten müssen. Die Herrschaften von der Linken verwechseln eben immer Außen- und Innenpolitik: was in der Innenpolitik nötig wäre (Versöhnung), das treiben sie in der Außenpolitik — gegenüber unserm erbittertsten Feinde Frankreich, nur weil es eine Republik und Demokratie ist. Handelt es sich aber um einen Staat, dessen innenpolitische Verhältnisse ihnen nicht passen, wie die Italiens, dann behandeln sie ihn, als wenn er ein deutscher Bundesstaat wäre, nach ihren politischen Klassenkampfrezepten. und wundern sich dann, wenn er in die Opposition tritt, d. h. zum Gegner wird.

Hätte die Linke nicht seit Mussolinis Amtsantritt unaufhörlich gegen ihn gehetzt und sich in seine Angelegenheiten ohne Sinn und Verstand und ohne jedes Recht eingemischt, nur weil er kein Anhänger der demokratischen Weisheiten ist, so wäre es nie zu der Spannung zwischen Italien und Deutschland und zu den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen in Südtirol gekommen. So aber kann man sich wirklich nicht wundern, wenn Mussolini allmählich dahinter gekommen ist, daß das demokratische Deutschland ihm feind ist, und wenn er dementsprechend handelt. „Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder hinaus." Wäre Italien demokratisch, dann hätte unser demokratisch regiertes Reich längst die besten Beziehungen zu ihm. Da wir aber weder Recht noch Macht, noch Zeit haben, Italiens innenpolitische Verhältnisse umzustürzen, sollten die deutschen demokratischen Parteien endlich anfangen, mit Italien Außenpolitik statt Innenpolitik zu treiben, wenn ihnen wirklich daran liegt, „eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern".

Noch besser freilich wäre es, die ganze deutsche Außenpolitik könnte überhaupt von dem Einfluß solcher Leute, die nur innenpolitisch, aber nicht außenpolitisch denken können, befreit werden, damit wir endlich eine wirkliche Außenpolitik bekommen.

Französische Völkerbundsintriguen.

Der Locarnogeist ist in voller Blüte: Mussolini, der Mitunterzeichner der Locarnoverträge, unterdrückt die Deutschen Südtirols, hält obendrein Drohreden und duldet in ganz Italien eine unerhörte Deutschenhetze. Und Frankreich will nicht zurückstehen:

Von den Greueltaten, denen das Deutschtum im Elsaß ausgesetzt ist, erfährt man nur gelegentlich und das Wenige wird von der Linkspresse mit dem Mantel der Franzosenliebe zugedeckt. Die Intrigien freilich, die Frankreich jetzt gegen jeden künftigen Einfluß im Völkerbund spinnt, lassen sich nicht verdecken:

Deutschland hat zur Bedingung seines Eintritt die Zuteilung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat gemacht. Das paßt den Franzosen nicht. Also haben sie das durch Marokko an sie gefesselte Spanien veranlaßt, einen Widerspruch einzulegen. Auch haben sie ihre sonstigen Freunde, Tschechen, Polen, Uruguay, Brasilien rebellisch gemacht.

Der ständigen Ratssitzung können sie uns Deutschen nicht versagen. Also versuchen sie, den Wert des ständigen Sitzes zu vermindern, indem sie die Zahl der Sitze von 10 auf 15 und mehr erhöhen und in die neuen Stellen lauter Freunde Frankreichs bringen wollen, eben die schon erwähnten Spanien, Polen etc. etc.

England protestiert ganz energisch.

Nicht etwa aus Liebe zu uns. Sondern weil ja der Völkerbund das Feld ist, auf dem England seinen Machtkampf gegen Frankreich auszukämpfen gedenkt. Es geht ganz einfach darum: wer soll herrschen im Völkerbund, England oder Frankreich. Daher große Erregung in England über Frankreichs Vorgehen, das zum Sieg Frankreichs über England im Völkerbund zu führen droht.

Große Anfragen im englischen Unterhaus. Und sehr deutlich: Absagen Chamberlains und der ganzen englischen Presse aller Richtungen. Schon werden auch aller-ei Organisationen zu Protesten mobilgemacht, so die englische Union der Völkerbundsfreunde, die sich denn auch gegen die Vermehrung der Ratssitze ausspricht. Gegen einen ständigen Ratssitz Spaniens wird England sich sowieso energisch stemmen, um Spanien nicht zu vergrämen und ganz ins Lager Frankreichs zu treiben; denn das wäre eine Bedrohung des englischen Gibraltar, des Schlüssels zum Mittelmeer, das vom spanischen Hinterland aus jederzeit weggenommen werden kann. Schon jetzt es, daß England sich ein Gegengewicht durch Beantragung eines ständigen Ratssitzes für eine oder mehrere seiner Großkolonien zu verschaffen gedenke.

Das eine steht schon heute fest, daß der Deutschen Einfluß im Völkerbund — durch die Vermehrung der Ratssitze — aufs Schwerste bedroht ist, sofern die deutsche Regierung ihren Eintritt nicht davon abhängig macht, daß keine weiteren Ratssitze zugeteilt werden.

Diese Gefahr wird noch dadurch verschärft, daß Frankreich und seine Anhänger beabsichtigen, in einer Reihe von Fragen an Stelle des bisherigen Erfordernisses der Einstimmigkeit die Mehrheitsentscheidung treten zu lassen.

So soll also Stück für Stück die Verschärfung von Locarno auch jetzt noch weiter rückgängig gemacht werden, nachdem von den versprochenen „Rückwirkungen" schon nichts mehr geblieben ist — außer der Räumung Kölns, die keine Rückwirkung, sondern lediglich schuldhafte verspätete Erfüllung des Versailler Vertrages war.

Vertagung des deutschen Eintritts auf September?

Die auf heute, Freitag, angesetzte Sitzung des Völkerbundrates hat als einzigen Punkt die Festsetzung des Zeitpunktes für den Zusammentritt der außerordentlichen Völkerbundsversammlung, die über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu beschließen hat. Für den Zusammentritt dieser außerordentlichen Versammlung ist die Zeit zwischen den 7. und 15. März ausersehen. Vorher wird eine Tagung stattfinden, auf der Tagesordnung dieser Ratstagung steht u. a. die Beschlußfassung über die Zuerkennung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland und etwaiger anderer Staaten.

England steht auf dem Standpunkt, die Frage der Vermehrung der Ratssitze sei so wichtig, daß nicht der Völkerbundsrat, sondern die Völkerbundsgesamtheit darüber entscheiden müsse, deren nächste Sitzung für September vorgesehen ist. Möglicherweise wird also die Entscheidung über Deutschlands „Zulassung" auf September vertagt werden!

Wir Deutschen hätten keine Veranlassung, den Zeitverlust zu bedauern. Denn eines Tages könnte ja doch inzwischen auch der Mehrheit unseres Volkes die Einsicht kommen, daß Locarno und der Völkerbund nichts als ein neuer Betrugsversuch am deutschen Volke sind. Und dann könnte eine Außenpolitik eingeleitet werden, die statt falscher Versprechungen positive Vorteile bringt.

Der Pariser „Temps" glaubt berichten zu können, daß die Meldung der Agentur Havas, Belgien fordere einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, nicht den Tatsachen entspreche.

„Herunter mit den Löhnen!"

Als es um Annahme oder Ablehnung des Dawesplanes ging, haben wir uns an dieser Stelle ohne Schwanken für die Ablehnung ausgesprochen. Nicht, weil die Kommunisten oder ein Teil der Deutschnationalen bis zuletzt gegen den Dawesplan waren, sondern aus der festen Ueberzeugung, daß die Dawesla sten, die Hoheitsverzichte und die Reparationsleistungen, unvereinbar mit den Lebensinteressen der deutschen Nation sind. Insbesondere aber, weil die Hauptlasten dieses Abkommens nach unentrinnbaren wirtschaftlichen Gesetzen und Notwendigkeiten von dem Teil unseres Volkes getragen werden muß, um dessenwillen jede wahrhaft nationale Politik getrieben werden muß, ja, um dessenwillen es vielleicht allein notwendig ist, überhaupt Politik zu treiben: um der Mittellosen, um der deutschen Arbeiterschaft willen.

Denn der, dem günstige Vermögensverhältnisse der Eltern erlaubt haben sich wertvolle höhere Kenntnisse und Bildung anzueignen, oder der über ein gewisses Kapital verfügt, kann, wenn die Wirtschaft seines Volkes zu Bruche und zu Grunde geht, dank seiner besonderen Hilfsmittel sich immer noch am ehesten von dem Untergang retten, auch ohne daß eine nationale Politik, ja, eine Politik der Selbsterhaltung des Gesamtvolkes, ihm zu Hilfe kommt. Der Mittellose dagegen, der nicht über eine höhere Schulung seiner Geisteskräfte verfügt, ist wehrlos gegenüber dem Zusammenbruch, er steht und fällt mit der Gesamtwirtschaft seines Volkes.

Alle Zusammenschlüsse und Organisationen in Gewerkschaften und Parteien — die ihm vielleicht in einer blühenden, gesicherten Gesamtwirtschaft seines Volkes gewisse höhere Anteile am Gesamtgewinn der Nation zu geben vermögen — kann ihm nichts nützen, wenn die Gesamtwirtschaft krankt und keinen Gewinn, sondern Verlust hat. Denn all diese Zusammenschlüsse sind ja nur Organisationen zur Regelung der Verteilung des Gesamtüberschusses der Volkswirtschaft: wo kein Ueberschuß sondern Verlust ist, ist auch nichts zu verteilen; und Ertragsteigerung, Beschaffung eines Ueberschusses der Gesamtwirtschaft, liegt weder in ihrem Ziel noch in ihren Kräften. Diesen Ertrag zu schaffen, ist die Aufgabe anderer Organe in der Volksgesamtheit: der Privatinitiative, des Unternehmergeistes der einzelnen und ferner der Politiker und Politik, die eben nur dann den Namen Politik (von dem griechischen Wort polis = Stadt, Volksgesamtheit) verdienen, wenn sie national sind, d. h. für die Volksgesamtheit dahin wirken, daß sie genügenden Ertrag bringt, damit auch die Mittellosen ihren Anteil und ihre Existenz haben.

Da die heutigen Industrievölker nicht mehr Selbstversorger sein können, sondern einen großen Teil des zu ihrer Existenz Nötigen durch Umtausch ihrer Erzeugnisse gegen fremde Erzeugnisse (Ausfuhr und Einfuhr) aus dem Auslande hereinholen müssen, so ist die Auslandspolitik, die Außenpolitik, der entscheidende Teil der Gesamtpolitik geworden. Demgegenüber ist Innenpolitik vielmehr nur Verteilungspolitik, die etwas zu Verteilendes, einen ausreichenden Ertrag der Gesamtwirtschaft, d. h. Privatinitiative und nationale Außenpolitik voraussetzt.

Von all diesen Zusammenhängen will die Sozialdemokratie nichts wissen. Und an dem Schlimmsten, was in der deutschen Arbeiterschaft, den Mittellosen unseres Volkes angetan worden ist: an der Annahme des Dawesplanes, trägt sie die Hauptschuld. Anstatt den Ertrag unserer Gesamtwirtschaft zu vermehren, hat die Annahme des Dawesplanes den Teil der deutschen Erzeugnisse, der zum Eintausch der unentbehrlichen Auslandswaren nötig ist, und mehr als diesen Teil dem Auslande zugebilligt. Das ist das Gegenteil jeder nationalen Politik und jeder „Pol"tik überhaupt. Die Folge ist die jetzt beginnende Wirtschaftskrisis und Not (denn Not ist Minderertrag der Wirtschaft). Und diese Not trifft, wie schon oben gesagt, allen Bemühungen zum Trotz, in erster Linie die Arbeiterschaft, die Mittellosen. Die Sozialdemokratie hatte das Gegenteil behauptet, jetzt ist sie durch die Tatsachen widerlegt und wird mehr und mehr widerlegt werden.

Schon vor einigen Wochen hatte ein führender amerikanischer Wirtschaftler mit nackten Worten öffentlich ausgesprochen, daß der Dawesplan die deutschen Arbeiter, Männer und Frauen zwingen werde, statt 8 und 10 Stunden künftig 14 und 16 Stunden zu arbeiten. Und jetzt fügt der große und uneinwegte Bekämpfer des Dawesplanes, der Engländer Professor Keynes-London, in einem Artikel im „Berliner Lokal-Anzeiger" aus:

„Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß das Reparationsproblem, sobald man wirklich an dessen Lösung mit Ernst herangeht — und das geschieht jetzt zum ersten Male — ein Lohnproblem für den deutschen Arbeiter werden muß. Die deutsche Arbeiterschaft hatte heimahe die Höhe der Vorkriegs-Reallöhne erreicht. Wenn wir Deutschlands Kapitalverlust und den Verlust seiner Auslandsmärkte in Rechnung stellen, so scheint es mir unmöglich, daß dieser Zustand mit der Herbeischaffung eines Exportüberschusses zur Erfüllung der jährlichen Reparationsverpflichtungen vereinbar ist.

Die ganze Tätigkeit des Dawesplan-Komitees wird sich also — und je länger die Zeit dauert, in einem um so schärferen Maße — darauf konzentrieren, den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft herabzudrücken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260213012/fragment/page=0001

Die erste Phase des Dawesplanes hat Deutschland die ihm so notwendige Atempause gegeben und ihm gestattet, seinen Kreditbunger durch Auslandsanleihen zu stillen. Von dieser Entwicklung hat natürlich die deutsche Arbeiterschaft profitiert.

Die gefährliche Arbeitslosigkeit, die wir jetzt erleben, ist meiner Meinung nach die erste Episode der zweiten Phase, nämlich des Versuches, Preise und Löhne durch ein System der Krediteinschränkung künstlich herabzudrücken.

Ich kann mir vorstellen, daß diese Methode teilweise den Erfolg hat, die Löhne herabzudrücken, das Transfer-Komitee braucht aber nicht nur niedrige Löhne, sondern auch einen stark entwickelten Ausfuhrhandel, und ich zweifle sehr, ob die Methode der Kreditbeschränkung diesen doppelten Erfolg zeitigen kann. Vielleicht wird das Komitee mit der Zeit dazu gezwungen sein, den Lohnabbau durch direkte Maßnahmen anzugreifen.

Deutlicher kann wohl gar nicht ausgesprochen werden, worauf der Dawesplan hinauslaufen muß. Zwischen allen Zeilen dieses von der deutschen Sozialdemokratie — trotz aller Warnungen auch der englischen Arbeitspartei — den nationalen deutschen Politikern abgepreßten Blutsaugervertrages steht geschrieben: „Herunter mit den deutschen Arbeitslöhnen". Und da es ein Ausländer ist, der das sagt, wird es das deutsche Volk vielleicht eher glauben, zumal dieser Mann wirklich kein Interesse hat, etwa zugunsten oder gegen eine der deutschen Parteien zu schreiben.

Das also ist es, was die Sozialdemokratie im Bunde mit dem sich „demokratisch" nennenden deutschen und internationalen Finanzmächten der deutschen Arbeiterschaft aufgeladen hat. Kann aber wahrhaft nationale Politik — die in erster Linie für die Arbeiterschaft und die Mittel- und Hilf- und Wehrlosen des Volkes da ist — und kann die deutsche Arbeiterschaft diesen Dawesplan weiter dulden? Soll sie warten, bis das Elend der Arbeitslosigkeit und der Arbeiter und Mittellosen ins Unerträgliche steigt?

Das kann und soll und darf nicht sein. Darum muß jetzt energischer als je zuvor der Dawesplan bekämpft werden, wie das vor ganz kurzem von den ganz gewiß echt nationalen und nie und nimmer demokratischen, d. h. arbeiterfeindlichen Bayern durch Landtagsbeschluß eingeleitet worden ist. Und Leitgedanke muß dabei sein: lieber die sozialdemokratischen Irrlehren ersticken, als den deutschen Arbeiter und das deutsche Volk.

Dr. H. Elze.

Der Reichstag zum Programm des Finanzministers.

Im Reichstag wurde gestern die Aussprache über die gestrige Programmrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold eröffnet. Der Deutschnationale Abg. Hergt meinte, der neue Herr im Reichsfinanzministerium habe es leicht gehabt, durch die Ankündigung von Steuermilderungen sich Gunst zu erwerben, denn sein Amtsvorgänger von Schlieben habe durch seine vorsorgliche Finanzpolitik die Möglichkeit dazu geschaffen. Die Deutschnationalen seien zwar mit dem Steuerabbau einverstanden, sie vermißten aber in dem Programm Dr. Reinholds die nötigen Sicherheiten dafür, daß durch entsprechende Ersparnisse der nötige Ausgleich für die Steuererleichterungen geschaffen werde. Keinesfalls dürfe im Ausland der Eindruck erweckt werden, daß Deutschland im Gelde schwimme oder wieder zu einer unsoliden Finanzpolitik zurückkehren wolle. — Recht ähnliche Bedenken äußerte, wenn auch in mildester Form, der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Cremer. Auch er zollte dem letzten Finanzminister von Schlieben volle Anerkennung für seine Finanzpolitik. Er stimmte mit einigen Einschränkungen dem Steuerabbauprogramm des neuen Ministers zu, bezeichnete aber als dringend notwendig, neue Einnahmequellen zu suchen. Diese lägen vor allem in Mehreinnahmen aus der Reichspost und in einer

stärkeren Besteuerung der in öffentlicher Hand befindlichen Industriebetriebe.

Der Vertreter des Zentrums, Abg. Erfing, begrüßte die Herabsetzung der Umsatzsteuer, war aber gegen die Herabsetzung der Wäsenumsatzsteuer und wünschte statt dessen eine Milderung der Verbrauchssteuern.

Reichswehr, Vaterländische Verbände, Reichsbanner.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte am Donnerstag die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichswehrministeriums für 1926 fort. Abg. Schmidt-Hannover (Dn.): Der Kampf um die Politisierung des Heeres sei unzuchtbar und Angriffe auf das Heer nützten nur der Entente. Abg. v. Ramin (Volk.) bezeichnete die Republikaner als undankbar, weil ohne die vaterländischen Verbände es vermutlich heute kein Deutsches Reich mehr gäbe.

Reichswehrminister Dr. Geßler

hob hervor, daß in die Reichswehr selbstverständlich nicht Leute aufgenommen werden könnten, für die der Eid, den sie leisten müssen, nicht gilt und die nur den Staat umstürzen wollen, zu dessen Schutz die Reichswehr bestimmt ist. Um in dieser Beziehung Sicherheiten zu haben, seien amtliche Auskünfte erforderlich, daß es sich bei Leuten, die in die Reichswehr eintreten wollen, um zuverlässige und ehrliche Menschen handelt. Es dürften auch nicht Leute in die Reichswehr kommen, die der Kriminalität schon verfallen sind. Der Minister kam dann auch noch einmal auf die vaterländischen Verbände zu sprechen, die nach seiner Ansicht keinen Kampfwert mehr haben. Er wolle aber nicht leugnen, daß die Verbände ihre Aufgaben auf politischem Gebiete sich gestellt hätten und treue sich, wenn der Gedanke der Wehrhaftigkeit von ihnen vertreten wird. Er bedaure nur, daß es Parteiverbände sind und zwar sowohl die vaterländischen Verbände wie auch das „Reichsbanner" und daß dadurch Unruhe in unser Vaterland getragen wird. Jedenfalls wünsche die Reichswehr nicht, in diese Unruhe hineingezogen zu werden.

Der Stahlheim „staatsfeindlich"!

In einer Kleinen Anfrage im Preußischen Landtag wurde dagegen Stellung genommen, daß nach einem Beschlusse der Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung die Vereinigung „Stahlheim" mit zu den staatsfeindlichen Vereinigungen gezählt werde. Wie der preußische Innenminister Severing in seiner Antwort betont, „war eine Beanstandung des Beschlusses der Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung nach Lage der Gesetzgebung nicht möglich".

— Es ist dringend zu fordern, daß der Innenminister nähere Aufklärung gibt, worin die Staatsfeindlichkeit des Stahlheims bestehen soll. Denn so ohne weiteres hat niemand, auch kein preußischer Innenminister, das Recht, die stärkste Vereinigung der Männer, die einst ihr Vaterland mit Leib und Leben verteidigt haben, und auch heute zu gleichen Opfern bereit sind, als Staatsfeinde zu bezeichnen. Herr Severing mag prinzipiell alle die, die nicht Sozialdemokraten oder Demokraten sind, ja die gesamte Opposition der Andersdenkenden, für „staatsfeindlich" halten und das mit dem in unserer demokratischen Verfassung ausgesprochenen Grundsatz der politischen Toleranz vereinen, so gut er kann. Aber wenn er offiziell als Minister die vaterlandsfeindlichen ehemaligen Frontkämpfer als Vaterlandsfeinde bezeichnet, so ist das eine Provokation sondergleichen.

Um die Fürstenvermögen.

Der Reichsrat erklärte sich in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Donnerstag mit dem Spezrgesetz in Sachen der Fürstenabfindung mit 49 gegen 4 Stimmen einverstanden, während sich Bayern, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig der Stimmabgabe enthielten. Die vier Stimmen gegen das Gesetz wurden von den Vertretern der preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien abgegeben. Ferner erklärte sich der Reichsrat einverstanden mit einer auf Wunsch der Entente erlassenen Verordnung betr. Auflösung gewisser Organisationen, die sich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages mit militärischen Dingen beschäftigen. (Welche Organisationen das sind, ist noch nicht bekannt.)

Im Rechtsausschuß des Reichstages führte der Abg. Dr. Everling (Dn.) aus, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Berechnungen der Fürstenvermögen, daß sie sowohl bezüglich des Barvermögens wie des Grundbesitzes um nicht weniger als drei Viertel zu hoch gegriffen seien. Er erwähnte dann, daß der frühere sozialdemokratische Minister Heine als Rechtsvertreter des mecklenburgischen Großherzogshauses ausgeführt habe, das Privateigentum der Fürsten müsse unangetastet bleiben und man müsse sich klar machen, daß ein Großherzog, auch wenn er nicht regiert, andere Mittel zur Verfügung haben muß, als ein anderer Sterblicher. Nach dem gegenwärtigen Stande des Auseinandersetzungsverfahrens behalte das königliche Haus von Preußen nur 17 Prozent seines Privateigentums, während 83 Prozent an den Staat fielen.

Abg. Dr. Wunderlich (D. V.) lehnte für seine Partei die Enteignungsanträge ab, weil sie gegen das Privateigentumsrecht verstoßen. Schiedsgerichtsentscheidungen und Vergleiche könnten aber durch das Sondergericht nach Auffassung des Redners nicht mehr revidiert werden.

Abg. Wegmann (Z.) vertrat die Auffassung, daß durch den Kompromiß-Entwurf keineswegs die bisher mit vielen Ländern zur Zufriedenheit aller Teile getroffene Regelung wieder umgestoßen werden könne. Von einer Reihe fürstlicher Familien seien Ansprüche erhoben, die außerordentlich übertrieben sind und starke Erregung hervorgerufen hätten. Das Zentrum erstrebe eine gerechte und verfassungsmäßige Lösung; es lehne daher eine entschädigungslose Enteignung ab. Die Fristen müßten im Interesse des deutschen Ansehens so gestellt werden, wie es der Tatsache entspricht, daß sie vielfach jahrhundertelang mit den Ländern verwachsen waren und sich viele Verdienste um sie erworben haben.

*

Nach einer Meldung von demokratischer Seite bereiten die Sozialdemokraten Anträge vor, durch die das Kompromiß für die Schaffung eines Sondergerichtes zur Regelung der Fürstenvermögensfrage durch die Bestimmung verschärft werden soll, daß zu dem Sondergericht keine Berufsrichter gehören. Auch sollen bereits abgeschlossene Prozesse wieder aufgerollt werden können. — Das wichtigste an dieser Nachricht ist, daß die Sozialdemokraten offenbar mit dem Gedanken umgehen, auf den Volksentscheid zu verzichten, der ihnen durch die rücksichtslose Sozialistenhetze der Kommunisten gefährlich zu werden beginnt.

Zur Hauszinssteuer.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags erledigte am Donnerstag die Generaldebatte über den Gesetzentwurf für die Gebäude-Entschuldungssteuer (Hauszinssteuer). Abg. Übermann (Soz.) betonte, daß seine Fraktion keine Veranlassung habe, von der Halbierung des Steueraufkommens für Neubauzwecke und Zinsenzbedarf abzugehen und entschieden für die Hereinnahme der Landwirtschaft eintrete.

Abg. Stendel (DVp.) wollte, daß die sozialen Ausgleichsmomente, besonders im Interesse der kinderreichen Familien, in der Vorlage besser zum Ausdruck kämen und die Steuererträgnisse stärker zur Neubautätigkeit herangezogen werden. Die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Gebäude verbieten sich wegen der schwierigen Lage der Landwirtschaft. Abg. Kloß (Ztr.) wünscht, daß der Name „Hauszinssteuer" beibehalten bleibe und daß von den 40 Prozent des Steuersatzes mindestens 20 Prozent für Neubauzwecke verlangt werden.

Abg. Hecken (Dn.) hob die grundsätzlich gegnerische Einstellung seiner Fraktion zu der Vorlage hervor. Insbesondere sprach er sich gegen eine Einbeziehung der Landwirtschaft in die Steuer aus.

Vom Reichsministerium wurde mitgeteilt, daß die Veranlagungskosten für die Gebäude-Entschuldungssteuer etwa ein Prozent des Aufkommens, also ca. 96 Millionen Mark, betragen würden. — Abg. Stoltz (Komm.) lehnte die Vorlage ab. Abg. Leendorff (WVg.) bezeichnete es als unmöglich, daß der Hausbesitzer für die Hauszinssteuer haftbar gemacht werden solle, auch wenn er seine Mieten nicht hereinbekäme.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff wies noch darauf hin, daß eine Befristung für das Gesetz nicht angängig sei, um so weniger, als wir für die nächsten Jahre noch Zuschüsse zu sozialen Zwecken gebrauchen würden. Bei der Erwerbslosenfürsorge müsse man z. B. gegenwärtig mit einem monatlichen Staatszuschuß von 20 Millionen rechnen. Wenn die Friedensmiete bis zum 1. Juli oder später auf 100 Prozent festgesetzt werden sollte, würde in Preußen zum 1. April eine Erhöhung auf 64 Prozent eintreten. — Darauf schloß die allgemeine Aussprache. Die Einzelberatung beginnt am Freitag.

Deutschnationaler Antrag zur Einkommensteuer.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion fordert in einem Antrage zum Einkommensteuergesetz die Erhöhung des einkommensteuerfreien Betrages auf 960 Mark, und zwar sollen bis zu 10 000 Mark jährlichem Einkommens 720 Mark als steuerfreier Einkommensteil und 240 Mark zur Abgeltung der Sonderleistungen jährlich festgesetzt werden. — Auber diesen Beträgen sollen für die Ehefrau jährlich 120 Mark, für das erste Kind 120 Mark, für das zweite Kind weitere 240 Mark, für das dritte Kind weitere 480 Mark, für das vierte Kind weitere 720 Mark, für das fünfte und jedes folgende Kind weitere je 960 Mark jährlich steuerfrei bleiben.

Keine Pfändungen von Hausrat oder Betriebsmitteln für Steuerzwecke.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion legt einen Initiativ-Gesetzentwurf vor, in dem die Reichsabgabenordnung dahin geändert werden soll, daß Pfändungen von Hausrat und von notwendigen Betriebsmitteln für Steuer- und Abgabenansprüche des Reiches, der Länder und Gemeinden nicht zulässig sind.

*

In einer Betrachtung zur Abrüstungsfrage stellt die Londoner „Daily News" fest, daß die Heeresstärken sämtlicher europäischer Staaten, die nicht wie Deutschland zur Entwaffnung gezwungen worden sind, heute um generell 40 bis 45 Prozent den Stand von 1913 überschreiten. Den Rüstungen zuzuzählen seien die gewaltigen Luftschutzvorbereitungen. Nach der letzten italienischen Heeresvorlage stehe Italien mit einer 45prozentigen Vermehrung seiner waffenbereiten Mannschaft an erster Stelle. Das Schicksal Europas hänge davon ab, ob sich derselbe Zusammenstoß, wie er 1914 zwangsläufig erfolgt sei, durch die Abrüstungskonferenz verhindern lasse. Die Weltlage stimme ein eigenartiges Gesicht dadurch, daß die Llondagentur Westen für einen europäischen Krieg wieder annehme.

*

Der Ausschuß der belgischen Kammer hat den Gesetzentwurf der Regierung betr. die provisorische Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf zehn Monate, die später endgültig auf sechs Monate festgesetzt werden soll, angenommen.

*

Der „Courant" meldet aus London: Auf der Tagung der englischen Handelskammern in Birmingham setzte sich eine starke Mehrheit für den unbeschränkten Freihandel ein. Die neuen Schutzzollpläne der Regierung wurden in einer Resolution verworfen.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Moskau: Die Sowjetregierung hat die Verhandlungen über eine Beilegung des Konfliktes mit der Schweiz abgebrochen. Die Sowjetregierung besteht auf Wiederaufnahme des Mordprozesses Conradi (Warowskiafall).

*

Die Londoner „Morning Post" meldet, es werde von zuständiger Seite bestätigt, daß Kemal Pascha, der Präsident der türkischen Republik, beabsichtige, demnächst inoffiziell London und andere europäische Hauptstädte zu besuchen.

*

Unter den zwischen Juli und Dezember 1925 in New York gelandeten Einwanderern stehen die Deutschen der Zahl nach an erster Stelle. Es trafen ein: 22 006 Deutsche, 15 455 Engländer und 14 442 Irländer.

*

Die Drusen haben den Bahnhof von El Hame bei Damaskus in der Nacht überfallen, ausgeplündert und den Bahnhofsvorstand entführt.

Winterkuren bei Tuberkulose.

Von Dr. L. Rickmann,
Oberarzt am Sanatorium St. Blasien.

Es besteht auch heute noch vielfach die Ansicht, daß im Sommer die Tuberkulose an einem klimatisch günstig gelegenen Platz schneller und sicherer auszuheilen sei als im Winter. Diese Annahme entspricht keineswegs den Tatsachen und kann für den Kranken zu verhängnisvollen Entscheidungen führen.

Für die Einleitung einer Heilstättenkur entscheidet nicht die Jahreszeit, sondern in erster Linie die Art der Erkrankung. Jede fortschreitende Lungenerkrankung erfordert eine möglichst schnelle Aufnahme der Kur, da jedes Abwarten ein weiteres Fortschreiten des Krankheitsprozesses und die Gefahr von Komplikationen in sich birgt, ganz besonders dann, wenn infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse, wie wir sie vor allem im Herbst und Winter bei uns haben, der Kranke durch Erkältungen immer wieder gefährdet wird.

Auf Grund eingehender meteorologisch-klimatischer Studien wissen wir, daß das Winterklima unseres deutschen Mittelgebirges ebenso wie im Hochgebirge die dem Höhenklima an sich eigentümlichen Erscheinungen in erhöhtem Maße aufweist, und zwar betrifft dies in erster Linie die Trockenheit der Luft, die intensive Sonnenstrahlung mit ungewöhnlichem Reichtum an ultravioletten Strahlen, die Temperaturunterschiede und die Staubfreiheit. Sie alle sind im Winter wesentlich gesteigert und in dem Zusammenwirken im besonderen der außerordentlichen Trockenheit der Luft, die den besten Isolator gegen Wärmeverlust darstellt, und der gesteigerten Sonnenstrahlung ergeben sich für den Kranken im Winter gewaltige Vorteile.

Die Staubfreiheit und bakterielle Reinheit sowie die Trockenheit der Luft machen sich naturgemäß ganz besonders im Gebirge bemerkbar. Die Luft hat bei ihrem Wehen über kilometerlange ausgedehnte Waldungen und über die unbewaldeten Bergflächen und Täler bedeutenden Mitteln nicht nur ihre Feuchtigkeit, sondern auch die Beimengungen von unsauberen Bestandteilen und die diesen anhaftenden Bakterien verloren. Kommt dann noch eine oft vier bis fünf Monate andauernde Schneedecke dazu, welche wochenlang ihr feines, silbernes Weiß behält, so ist die darüber stehende Luft von fast absoluter Reinheit.

Die Scheu vor der Kälte ist völlig grundlos, sie ist eher ein erwünschter angenehmer Faktor. Die meisten Kranken fühlen sich bei einer Temperatur von 10 bis 15 Grad Celsius unter Null wohler als bei 20 bis 25 Grad Celsius darüber. Die Liegekur im Freien kann auch im strengsten Winter ebenso lückenlos und erfolgreich durchgeführt werden wie im Sommer. Nicht die Kälte verursacht die Erkältungen, wie man vielfach glaubt, sondern infolge der verminderten Widerstandskraft des Organismus, infolge Störungen der normalen Hautfunktion und anderer Fehler wird den Bakterien, die die verschiedenen katarrhalischen Erkrankungen hervorrufen, der Eintritt in den menschlichen Körper ermöglicht und erleichtert.

Die praktischen Erfahrungen haben auch bewiesen, daß wir überall in Deutschland auch in der Ebene, in waldreichen Gegenden, im Hügelland und an Seen klimatisch günstig gelegene Plätze haben, die uns eine erfolgreiche Durchführung einer Winterkur gestatten. Die Auswahl des Kurortes selbst soll in erster Linie dem Arzt überlassen bleiben, der dabei naturgemäß stets die örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen hat.

Der bloße Aufenthalt an einem klimatisch günstig gelegenen Ort bringt aber in den seltensten Fällen den erwünschten Erfolg. Es ist vielmehr unbedingt erforderlich, daß die Kur unter sachgemäßer Aufsicht richtig und konsequent durchgeführt wird, wie das in erster Linie in den Heilstätten garantiert wird, in denen gleichzeitig alle modernen Behandlungsmethoden in Anwendung gebracht werden können. Wenn der Kranke aus Scheu vor der Heilstätte oder infolge mangelnder Einsicht oder ungenügender Beratung seine Kur in ungeeigneten Unterkunftsstätten durchführt, in denen es zudem eine Gefahr für seine Umgebung ist, dann wird der erstrebte Erfolg nur zu oft nicht erreicht. Zeit und Geld werden unnütz geopfert.

Erfreulicherweise haben wir in ganz Deutschland für Arme und Reiche, für Versicherte und Nichtversicherte, für Kassen- und Privatpatienten ein ganzes Netz ärztlich vorzüglich geleiteter Heilstätten für Lungenkranke und alle Formen der Tuberkulose, die bisher glänzende Erfolge erzielt haben, und die auch im Winter die günstigsten Heilbedingungen bieten.

*

Für die Erhaltung des Goethe-Hauses in Frankfurt a. M. Im Interesse der Erhaltung des Goethe-Hauses in Frankfurt a. M. und seiner Sammlungen hat der Frankfurter Magistrat beschlossen, dem Freien Deutschen Hochstift, das nach Verlust seines Stiftungskapitals in der Erfüllung seiner Aufgaben, zu denen besonders die Erhaltung des Goethe-Hauses gehört, vor großen finanziellen Schwierigkeiten steht, eine jährliche Subvention bis zu 15 000 M. zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß das Reich sowohl als der Staat den gleichen Betrag leisten.

Wiederbesetzung des Bonner strafrechtlichen Lehrstuhls. Wie die „Hochschul-Korrespondenz" erfährt, ist zur Wiederbesetzung des durch den Weggang des Geh. Justizrats Prof. Dr. Jos. Heimberger an der Universität erledigten Lehrstuhls für Strafrecht und Strafprozeßrecht ein Ruf an den ord. Professor Dr. jur. Alexander Graf zu Dohna in Heidelberg ergangen. Graf zu Dohna habilitierte sich 1904 in Halle für Strafrecht und Strafprozeßrecht.

Reichstagung des Bühnenvolksbundes in Mainz. Die alle drei Jahre stattfindende Reichstagung des Bühnenvolksbundes wird im September 1926 in Mainz abgehalten werden. Die letzte große Tagung fand 1922 in Hannover statt. Schon damals wurde Mainz als nächster Tagungsort beschlossen, doch mußte die Tagung wegen der politischen Verhältnisse unterbleiben. Nach den schon jetzt getroffenen Vorbereitungen verspricht die Tagung in Mainz eine große Heerschau über die unterhessen außerordentlich gewachsene christlich-nationale Theaterbewegung zu werden.

„Das Mädel am Katzentisch."

So lautet der Titel unseres am Sonnabend beginnenden neuen Romanes von Barthel-Winkler. In beschiedenster Umgebung, wirklich am Katzentisch des Lebens, wächst die elternlose kleine Luise heran, ängstlich gehütet von Großmutter und der alten Tante, deren einziger lichter Sonnenstrahl sie ist. Dann muß sie den schweren Schritt ins Leben tun: als Stenotypistin im Auswärtigen Amt lernt sie das Weltgetriebe und das Hell und Dunkel des Großstadtlebens kennen. Auf einer Urlaubsreise zum Grab ihrer Eltern verliert sie auch die nach dem Tode der Großmutter allein ihr noch verbliebene Verwandte und steht nun einsam in der Welt mit einer kindlich reinen hoffnungslosen Liebe im Herzen zu Jörg von Ramin, der mit einem gedankenlosspielenden Kuß auf ihren unberührten Mädchenmund für immer ihr Schicksal an sich gerissen hat.

Durch Zufall trifft sie ihn als grübelnden Erforscher des Uebersinnlichen eines Tages in Berlin wieder, wird seine Sekretärin, sieht vor ihm, wird von seinem Vater, der nichts von ihrer Liebe zu Jörg weiß, wie sie nichts, daß er sein Vater ist, auf das Schloß derer von Ramin als Gesährtin der Töchter aufgenommen und .... das Weitere verschweigen wir. Denn wir wissen, daß dieses sonnigreine Mädelchen und die mit entzückender Anmut geschriebene Geschichte ihres Lebens das Herz des Lesers gewinnen und sein Interesse nicht verlieren wird, bis er sie vom „Katzentisch" zu des Lebens reicher Tafel begleitet hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260213012/fragment/page=0002